

V-45 Von AfD bis Trump: Angriffe auf Zivilgesellschaft stoppen

Antragsteller*in: Daniel Freund (KV Aachen)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 20 Millionen Deutsche. So viele Menschen sind Mitglieder in Vereinen. Laut
2 Umfragen engagieren sich 44% der Deutschen zivilgesellschaftlich. Sie engagieren
3 sich täglich für unsere Gesellschaft, organisieren Feste, Wettkämpfe und die
4 freiwillige Feuerwehr. Sie treten für soziale und globale Gerechtigkeit ein, in
5 der Kultur, im Sport, in einer Religionsgemeinschaft, für Menschenrechte, für
6 Gleichstellung und gegen Ausgrenzung, für ihre Berufsgruppe, für den Schutz der
7 natürlichen Lebensgrundlagen, für den Tierschutz und vieles, vieles mehr. Diese
8 Begegnungen und dieses ehrenamtliche Engagement sorgen nicht nur für weniger
9 Einsamkeit, sondern leisten einen wichtigen Beitrag für das Allgemeinwohl. Sie
10 leben Demokratie.
- 11 International wird zunehmend versucht, Vereine und zivilgesellschaftliche
12 Organisationen zu diskreditieren. Diese Entwicklung macht auch vor Deutschland
13 und Europa keinen Halt. Bei uns säht vor allem die AfD und ihr rechtsextremes
14 Umfeld Misstrauen gegen die Zivilgesellschaft und verbreitet
15 Verschwörungserzählungen. Engagement für das Gemeinwohl wird gezielt
16 diskreditiert und Menschen werden eingeschüchtert. Davon getrieben, diffamieren
17 aber auch die CDU/CSU und die FDP solche Organisationen, die sich gegen
18 Rechtsextreme und für Demokratie, Freiheit und Vielfalt stellen, oder zweifeln,
19 ob sie auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.
20 Deshalb müssen wir die Rechte von Vereinen und anderen
21 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) schützen und sie gegen immer stärkere
22 Angriffe verteidigen.
- 23 Vereine und andere Formen zivilgesellschaftlicher Kooperationen waren immer
24 schon politisch und haben unser Land vorangebracht: Schwarz-Rot-Gold waren die
25 Farben einer organisierten Studenten- und Bürgerbewegung für ein vereintes,
26 demokratisches Deutschland statt eines Flickenteppichs kleiner Königreiche und
27 Fürstentümer. Die Europaflagge hissen Bürger*innen in Deutschland, Rumänien,
28 Bulgarien, Serbien, Italien, die sich organisieren gegen Korruption, für saubere
29 Politik - und teils auch ausdrücklich für mehr Europäisches Zusammenwachsen.
- 30 Arbeiter*innen haben sich in Gewerkschaften zusammengeschlossen und Solidarität
31 und Rechte, wie den 8-Stunden Tag, bezahlten Urlaub und die Lohnfortzahlung im
32 Krankheitsfall erreicht. Umweltorganisationen haben den Atomausstieg und die
33 Heilung vergifteter Flüsse erreicht. Die Landfrauen haben viel für die
34 Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Land und die
35 Gleichberechtigung von Frauen erreicht.
- 36 Die Nationalsozialisten sahen die Zivilgesellschaft als Feind und verboten
37 Gewerkschaften und Landfrauen zu Gunsten gleichgeschalteter
38 Ersatzorganisationen. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Mütter und Väter des
39 Grundgesetzes in gemeinsamer antifaschistischer Haltung unseren deutschen Staat
40 deshalb auf den Schutz der Demokratie, der Würde des Menschen, der

41 Rechtsstaatlichkeit, der Freiheit, des Friedens verpflichtet und auf den Schutz
42 derer, die sich für diese Werte versammeln.

43 Die AfD und ihr rechtsextremes Umfeld hetzen sehr gezielt gegen Vereine und
44 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), weil sie sich politisch engagieren und die
45 AfD immer wieder für ihre menschenverachtenden Positionen deutlich kritisieren.
46 Dieses Recht, Parteien zu kritisieren, will die AfD Vereinen und
47 zivilgesellschaftlichen Organisationen absprechen. Sie denunziert ein Großteil
48 des zivilgesellschaftlichen Engagements und versucht selbst, Zivilgesellschaft
49 für die eigenen politischen Zwecke zu vereinnahmen. Das Ziel der AfD ist eine
50 apolitische Gesellschaft, in der sie die Deutungshoheit hat und Gegenargumente
51 keinen Resonanzraum finden.

52 Die Unterstellung, dass zivilgesellschaftliche Organisationen der verlängerte
53 Arm einer Partei sind oder eine Parallelstruktur der Regierung, ist diffamierend
54 - und gefährlich. Es ist die Verschwörungserzählung von einem "Tiefen Staat",
55 die von Rechtsextremen schon lange genutzt wird, um demokratische Akteure zu
56 diskreditieren. Solch eine Schwächung der Zivilgesellschaft gehört zum 1x1 von
57 Autokraten wie Donald Trump in den USA, Wladimir Putin in Russland, Viktor Orban
58 in Ungarn oder Javier Milei in Argentinien, die alle die eigene
59 Zivilgesellschaft verunglimpfen, rechtlich behindern und Finanzierung entziehen.

60 Attacken auf NGOs werden umso gefährlicher, wenn sie aus demokratischen Parteien
61 kommen. Seenotrettungsorganisationen werden inzwischen auch von Konservativen
62 ohne sachliche Grundlage diffamiert, die finanzielle Unterstützung wird von der
63 Merz-Regierung gestrichen. Am Tag nach der letzten Bundestagswahl forderte die
64 CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung durch eine Anfrage auf, die
65 Finanzierung und politische Neutralität zivilgesellschaftlicher Organisationen
66 wie die Amadeu Antonio Stiftung oder Neue deutsche Medienmacher*innen zu
67 überprüfen (Drucksache 20/15035). Solche Angriffe sind ein Angriff auf
68 zivilgesellschaftliches Engagement. Sie stellte die Finanzierung dieser
69 Organisationen in Frage. Die Botschaft war: Misstraut der Zivilgesellschaft.
70 Aber auch in Regierungsverantwortung setzt die Union diese Kampagne fort und
71 säht Misstrauen u.a. gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen, die am
72 Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teilnehmen. Das ist verantwortungslos und
73 spielt in die Hände der Feinde der Demokratie.

74 Die finanzielle Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen hat viele
75 gute Gründe. Zum einen erfüllt die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle beim
76 Schutz der Demokratie, die gerade nötiger ist denn je. Mehr als die Hälfte
77 politisch motivierter Straftaten in 2024 waren rechtsextrem motiviert, 50
78 Prozent mehr als im Jahr davor. Die Szene tritt organisiert, offen, zunehmend
79 selbstbewusst und gewaltaffin auf. Narrative von rechtsextremen Akteuren treffen
80 immer seltener auf Widerstand, teilweise sogar auf Akzeptanz.
81 Rechtsextremistische Radikalisierung betrifft immer mehr Kinder und Jugendliche,
82 befeuert durch soziale Medien und Messengerdienste. Seit 2020 steigt die Zahl
83 der Jugendlichen, die politisch rechts motivierte Straftaten begangen haben
84 stetig an. 2024 hat sich die Zahl zu 2023 sogar verdoppelt. Die dringend nötige
85 Prävention für demokratische Resilienz von Kindern und Jugendlichen erfordert
86 zivilgesellschaftliche Akteure, die diese gesellschaftliche Aufgabe mit
87 staatlicher Förderung übernehmen und zu wichtigen Orten demokratischer
88 Sozialisation werden.

89 Zum anderen sind Vereine und andere zivilgesellschaftliche Organisationen oft
90 auch die einzigen, die sich für Gemeingüter wie eine saubere Umwelt oder den
91 Schutz von Verbraucherinteressen einsetzen, wenn Gesetze verhandelt werden. Wenn
92 Ministerien und Abgeordnete zu Gesetzesvorschlägen um Rat suchen, antworten
93 meist vor allem Lobbyisten finanzstarker Industrien, zum Beispiel großer Banken.
94 Aber die Stimmen von Bankkunden, Verbrauchern oder der Natur fehlen. Diese
95 Vertretungen haben viel weniger Geld und Mitarbeiter zur Verfügung. Im März 2025
96 allein hatten Firmen und Wirtschaftsverbände 1790 Lobbytreffen mit der EU-
97 Kommission, NGOs nur 406. Laut EU-Verträgen sind die EU-Institutionen
98 verpflichtet, allen Bürgerinnen und Bürgern die gleiche Aufmerksamkeit zukommen
99 zu lassen. Um dieser Pflicht in der knappen Beratungszeit von Gesetzen für 450
100 Millionen Europäer*innen gerecht werden zu können, müssen zivilgesellschaftliche
101 Organisationen in die Lage versetzt werden, das große Übergewicht finanzstarker
102 Einzelinteressen zumindest ein Stück weit auszugleichen.

103 In der letzten EU-Legislatur war der Green Deal ein großer Erfolg der
104 Klimabewegung. Einige Konzerne und Superreiche reagieren darauf nun, indem sie
105 die Angriffe der AfD und anderer Rechtsaußen-Parteien in ganz Europa auf die
106 Zivilgesellschaft stützen. Die Angriffe von Rechtsextremen und Konservativen im
107 Europäischen Parlament konzentrieren sich auf die Fördermittel für die
108 Zivilgesellschaft, vor allem im LIFE Programm, das Finanzierungsinstrument der
109 EU für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen. Daraus fließen 15,6 Millionen Euro
110 jährlich an zivilgesellschaftliche Akteure, die sich darum bewerben und
111 umfangreich ordnungsgemäße Ausgaben belegen müssen. Die Vorwürfe, dass NGOs
112 nicht transparent arbeiten oder Geld falsch verwenden, sind längst widerlegt.
113 Weder die Europäische Kommission noch der Europäische Rechnungshof haben auch
114 nur eine einzige Unregelmäßigkeit festgestellt. Dennoch haben die CDU/CSU mit
115 Unterstützung rechter Parteien wie der AfD im Europaparlament ein Extra-Gremium
116 zur Untersuchung von NGOs eingerichtet. Wo kein Skandal ist, wird einer
117 konstruiert – auf Kosten von Demokratie, Zivilgesellschaft und der
118 Glaubwürdigkeit des Europäischen Parlaments.

119 Auch einzelne Firmen erhalten erheblich mehr EU-Gelder als alle NGOs zusammen.
120 Die EU-Kommission hat in den vergangenen fünf Jahren mehr als 330 Millionen Euro
121 an Unternehmen des US-Milliardärs Elon Musk überwiesen.

122 Großes Geld darf nicht den demokratischen Diskurs bestimmen und Klagen
123 schlagkräftiger Rechtsabteilungen dürfen nicht dazu missbraucht werden, Kritik
124 mundtot zu machen. Wenn legitimes zivilgesellschaftliches Engagement mit den
125 Mitteln des Rechtsstaats unterdrückt werden kann, bedarf es einer zusätzlichen
126 gerichtlichen Kontrolle. Denn Demokratie lebt von kritischer Öffentlichkeit.

127 Die Zahlen und Fakten zeigen: Rechte und Rechtskonservativen Parteien geht es
128 beim Kampf gegen die Zivilgesellschaft nicht um Wirtschaftlichkeit, nicht um
129 Sparmaßnahmen oder Rechtsstaatlichkeit oder Transparenz. Es geht Ihnen darum,
130 politisch Andersdenkende zu diskreditieren. Damit sägen sie an einem
131 Grundpfeiler der Demokratie. Wer in dem Glauben agiert, nur bestimmte NGOs oder
132 Teile der Zivilgesellschaft zu attackieren, verkennet, dass Angriff auf
133 Gemeinnützigkeit und Co. alle Vereine, NGOs und zivilgesellschaftliche Akteure
134 treffen.

135 Dem stellen wir einen Plan für den Schutz der Zivilgesellschaft entgegen:

136 1/ Wir wollen die Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit zur
137 Demokratieförderung, Verteidigung einer vielfältigen Gesellschaft, Prävention
138 von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und politischen Bildung als
139 staatliche Daueraufgabe von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung festschreiben.
140 Zudem braucht es für die nachhaltige Wirkung zivilgesellschaftlicher Arbeit mehr
141 Verlässlichkeit bei der Gewährung von Fördermitteln. Das Programm „Demokratie
142 leben!“ muss deshalb finanziell abgesichert und ein Demokratiefördergesetz
143 verabschiedet werden.

144 2/ Wir müssen zivilgesellschaftlich engagierte Menschen besser vor Angriffen und
145 Anfeindungen schützen: Es braucht Ansprechstellen zur konkreten, persönlichen
146 Unterstützung wie auch einfache Möglichkeiten zur Beantragung von
147 Auskunftssperren im Melderegister.

148 3/ Wir fordern ein europäisches Vereinsrecht, das vor Autokraten wie Viktor
149 Orbán schützt. Bisher gibt es keine europaweite Gemeinnützigkeit für
150 Nichtregierungsorganisationen und Vereine auf europäischer Ebene. Das wollen wir
151 ändern.

152 4/ Die EU hat im April 2024 eine Richtlinie „über den Schutz von Personen, die
153 sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder
154 missbräuchlichen Gerichtsverfahren“ beschlossen. Diese sog. „Anti-SLAPP-
155 Richtlinie“ muss nun so umgesetzt werden, dass sie missbräuchlichen
156 Prozessführung in der Praxis tatsächlich verhindert, und freie Wissenschaft,
157 Medien und Zivilgesellschaft schützt.

158 5/ Wir sorgen für Transparenz bei Finanzierung und Einflussnahme auf die
159 Zivilgesellschaft und setzen uns zum Beispiel für die Offenlegung von
160 Lobbykontakten ein.

161 6/ Verbandsklagerechte für zivilrechtliche Organisationen bewirken viel
162 positiven gesellschaftlichen Fortschritt: für Verbraucher*innen, für den Abbau
163 von Benachteiligungen, für Umwelt- und Naturschutz oder für den Tierschutz. Den
164 Plänen der schwarz-roten Koalition, Verbandsklagerechte einzuschränken, stellen
165 wir uns entgegen. Sie sind Errungenschaften unseres Justizsystems und müssen
166 ausgebaut werden, zum Beispiel im Bereich Antidiskriminierung.

Begründung

Rechtsaußen Politiker haben Angst. Sie haben Angst davor, dass sich Menschen organisieren, versammeln und austauschen. Angst vor mehr als 20 Millionen Deutschen. So viele Menschen sind Mitglieder in Vereinen. Sie organisieren Feste, Wettkämpfe und die freiwillige Feuerwehr. Diese echten Begegnungen sorgen nicht nur für weniger Einsamkeit. Mit ihren gewählten Vorständen und Gremien sind Vereine auch gelebte Demokratie. Deshalb sät die AfD und ihr Umfeld Misstrauen gegen die Zivilgesellschaft, verbreitet Verschwörungserzählungen - und treibt die CDU/CSU dabei vor sich her. Deshalb müssen wir die Rechte von Vereinen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) schützen und sie gegen immer stärkere Angriffe verteidigen.

weitere Antragsteller*innen

Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Terry Reintke (KV Gelsenkirchen); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Misbah Khan (KV Bad Dürkheim); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Alexandra Geese (KV Bonn); Schahina Gambir (KV Minden-Lübbecke); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Lukas Benner (KV Aachen); Christian Beck (KV Berlin-Mitte); Volkhard Wille (KV Kleve); Diana Hein (KV Düsseldorf); Sibylle Steffan (KV Berlin-Neukölln); Wiltrud Lieselotte Kampling (KV Steinfurt); Carsten Rossenhövel (KV Berlin-Mitte); sowie 131 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.